Kassel documenta Stadt

DIE LINKE.
Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 3315
info@linksfraktion-kassel.de

Vorlage Nr. 101.19.1079

4. März 2024

Informationsgrundlagen und Maßnahmen gegen Stromsperren und Gassperren in Kassel

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

1. Wie viele Haushalte in Kassel waren im Jahr 2022 und 2023 von Energiesperren betroffen, insbesondere bei der Städtische Werke AG (bitte absolut und prozentual nach Anteil an Strom- und Gaskunden aufschlüsseln)?
2. Wie viele diesbezügliche Sperrandrohungen wurden 2022 und 2023 verschickt (bitte absolut und prozentual nach Anteil an Strom- und Gaskunden aufschlüsseln)?
3. Wie viele Haushalte gibt es, die in 2022 und 2023 von mehreren Sperren betroffen waren (bitte absolut und prozentual nach Anteil an Strom- und Gaskunden aufschlüsseln)?
4. Wieviele Haushalte mit Kindern waren einmalig oder mehrmalig von Energiesperren betroffen (bitte aufschlüsseln nach Häufigkeit und 2022 und 2023)?
5. Ab welchen Beträgen werden Energiesperren veranlasst und ab welchem Zeitraum der Nicht-Zahlung?
6. Wie viele Energiesperren gab es in den genannten Jahren in den Wintermonaten (bitte absolut und prozentual nach Anteil an Strom- und Gaskunden aufschlüsseln)?
7. Gelten Energiesperren auch über die Weihnachtsfeiertage?
8. Welche Kosten entstehen den Kundinnen und Kunden der Städtischen Werke AG für die Energiesperre?
9. Welche Maßnahmen werden durch die Städtische Werke AG ergriffen, um Zahlungsrückstände und Stromsperren zu vermeiden?
10. Bei wie vielen Wohneinheiten wurde in Kassel in den Jahren 2022 und 2023 der Strom abgeklemmt und wie viele hatten Verträge mit der Städtischen Werke AG?
11. Im Jugendhilfeausschuss vom 22.10 2022 wurden Eckpunkte des Programms „Hessen steht zusammen“ erläutert. Dazu gehört ein

Härtefallfonds für Menschen, denen Energiesperren drohen, ein Kündigungsmoratorium für Mieterinnen und Mieter landeseigener Wohnungsbaugesellschaften und Kommunen wollen dies bei städtischen Wohnungsbaugesellschaften ebenfalls prüfen. Wie ist zu diesen Punkten der aktuelle Stand in Kassel?

Um schriftliche Antwort wird gebeten.

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Sabine Leidig

gez. Sabine Leidig
Fraktionsvorsitzende